



Alternative für Deutschland
Geschäftsstelle Dresden
Loschwitzer Straße 31
01309 Dresden

Deutsche Polizeigewerkschaft
Theresienstraße 15

01097 Dresden

Leipzig, 17.04.2014

Sehr geehrter Herr Conrad,

anbei erhalten Sie die Antworten zu Ihren Prüfsteinen. Wir bitten Sie, die Verspätung zu entschuldigen und möchten uns für Ihr Interesse recht herzlich bedanken.

- 1.) **Frage: Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz ist in Sachsen beschlossen. Bis wann und in welcher Form wollen Sie etwas gegen die ungleiche Besoldung bei gleicher Dienstpostenbewertung unternehmen? Z.B Bürgerpolizisten, Kriminaldienstbeamte, Präventionsbeamte usw. (Besoldung von A8-A11 für die gleiche Aufgabe)**

Antwort: Die Alternative für Deutschland strebt eine bundeseinheitliche Regelung der Beamtenbesoldung an. Es darf nicht sein, dass Bundesländer sich gegenseitig bei der Personalgewinnung ausspielen und die gleiche polizeiliche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird.

Bis zu einer bundesweiten Regelung muss der Freistaat Sachsen bei seinen Bediensteten mit gutem Beispiel voran gehen. Das bedeutet im Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Die Besoldung soll die Befähigung, Leistung und wahrgenommene dienstliche Funktion des Beamten widerspiegeln, weshalb eine Einheitsbesoldung kritisch zu hinterfragen wäre.

Für die Behebung des Problems sind mehrere sehr unterschiedliche Alternativen denkbar:

- a) *auf Basis des bestehenden Systems Grundbesoldung + Erfahrungstufen (variabel nach Leistung im jeweiligen Aufgabenbereich) + unverzügliche Funktionsbesoldung bei der Übernahme höherwertiger Dienstposten*
- b) *lediglich eine allgemeine Besoldung nach dem übernommenen Dienstposten*
- c) *Beibehaltung des bestehenden Systems ohne Änderungen.*

Der Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland hat sich dazu jedoch noch kein abschließendes Urteil gebildet.



2.) Frage: Wie lauten dazu ihre Vorschläge zur Ausgestaltung der neuen sächsischen Laufbahnverordnung?

Antwort: Dazu hat sich der Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland noch keine abschließende Meinung gebildet. Wir werden dazu den engen Kontakt mit den Berufsvertretungen suchen.

3.) Frage: Werden sie sich dafür einsetzen, dass zukünftige Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger übernommen werden.

Antwort: Die Alternative für Deutschland wird sich dafür einsetzen. Es darf keine Verzögerungen wie nach der letzten Tarifrunde bei der Übernahme geben. Es soll nicht sein, dass bei einem Arbeitgeber/Dienstherren beschäftigte Mitarbeiter nach unterschiedlichen Maßgaben bezahlt werden. Insbesondere darf dem Beamtensektor kein Nachteil daraus erwachsen, dass er sich pflichtgemäß nicht mit Streiks an Arbeitskämpfen beteiligt.

4.) Frage: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Sonderzuwendungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) für die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger wieder eingeführt werden, wenn ja, ab wann und in welcher Form.

Antwort: Der Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland setzt sich für eine amtsangemessene Besoldung der Polizeibediensteten ein, die den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums entspricht. Dieser Grundsatz gilt für das ganze Jahr, so dass für dessen Erfüllung keine Notwendigkeit für jahreszeit- oder festtagsabhängige Sonderzahlungen besteht.

5.) Frage: Werden Sie die spezifischen, mit den besonderen Belastungen begründeten Zulagen wie – Dienst zu ungünstigen Zeiten, Wechselschichtzulage, Zulagen für Sondereinheiten oder Todesermittler – erhöhen bzw. diese mit Zusatzurlaub begünstigen.

Antwort: Polizeiarbeit nimmt neben der Bildungs- und Familienpolitik für die Alternative für Deutschland einen sehr hohen Stellenwert ein. Unser Motto lautet „Mut zur Wahrheit“. Die Wahrheit ist: Es wäre unseriös in Zeiten leerer Kassen, die z.B. durch eine verfehlte Eurorettungspolitik und Milliardenzahlungen durch die Sachsen-LB-Pleite verursacht sind, Gelder zu verteilen, welche nicht vorhanden sind.

Ziel der AfD ist es, diese Politik zu ändern. Einer Entspannung der Ausgabesituation muss eine Erhöhung der Erschwerniszulagen u.a. für den Streifendienst, Todesermittler und Spezialeinheiten folgen, da diese seit Jahren nicht angepasst worden sind und somit Gefahr laufen, ihre angedachte Wirkung eines Ausgleichs zu verfehlen.

6.) Frage: Wie und in welchen Zeiträumen werden Sie für Verbesserungen sorgen, um eine gerechte Stellenbewertung und eine moderne Personalentwicklungskonzeption für die die Polizei zu schaffen?

Antwort: Diese Frage ist abhängig von unserer Entscheidung zu den Fragen 1 und 2. Hierzu hat der Landesverband der Alternative für Deutschland Sachsen noch keine Position erarbeitet. Eine zweigeteilte Laufbahn wird es nach den Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit der AfD in Sachsen nicht geben.

7.) Frage: Welchen Stellenwert messen Sie den Fachbereichen Prävention und verkehrspolizeiliche Aufgaben innerhalb der sächsischen Polizei bei?

Antwort: Prävention und Repression treffen sich beim Täter. Deshalb ist Prävention Aufgabe jedes Polizeibeamten, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte.

Prävention ist darüber hinaus eine Aufgabe der Polizei, die sie mit Blick auf Opfervermeidung im Verbund mit anderen Präventionspartnern bewältigen muss. Dafür müssen spezielle Präventionsbeamte flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Prävention leidet seit langem darunter, dass sie nicht messbar ist. Jedoch ist es eine politisch meist ignorierte Binsenweisheit, dass der volkswirtschaftliche Langzeitschaden von Straftaten (insb. Drogenkriminalität) und Verkehrsunfällen höher ausfällt als die Kosten für Präventionsarbeit.

Die Stellenstreichungen bei den Präventionsteams im Rahmen der Polizeireform 2020 lehnen wir ab.

Verkehrspolizeiliche Arbeit ist Präventionsarbeit und Gefahrenabwehr i.w.S. im Straßenverkehr. Auch sie ist eine der Kernaufgaben der Polizei. Durch Personalmangel und hohe Belastung mit polizeifremden Verwaltungstätigkeiten der Vollzugsbeamten steht ihnen immer weniger Zeit für verkehrspolizeiliche Arbeit zur Verfügung. Nur durch eine Entspannung der Personalsituation kann der Streifendienst dieser Aufgabe in Schwerpunktbereichen wieder mehr Zeit widmen.

- 8.) **Frage: Wollen Sie die jetzige Struktur der Polizei des Freistaates Sachsen beibehalten oder gegebenenfalls Veränderungen bei der Anzahl der Polizeidirektionen vornehmen? Mit wie viel Personal wollen Sie die Sicherheit im Freistaat gewährleisten? Werden Sie an dem jetzigen starren Einstellungskorridor festhalten, oder diesen anhand der Ergebnisse der Evaluierung der Polizeireform "Polizei Sachsen 2020" gegebenenfalls anpassen?**

Antwort: Die Evaluation der Polizeireform „Polizei Sachsen 2020“ wird ergeben, ob die umstrukturierten Bereiche zweckmäßig gestaltet und arbeitsfähig sind. Wir werden das Ergebnis kritisch hinterfragen. Eine Umstrukturierung ohne Sachzwänge, lediglich um einer Reform der Reform willen lehnen wir ab.

Es ist schon bezeichnend, dass die Personalsituation bei den befragten Polizeibeamten an der Basis explizit ausgeklammert wird. Tatsache ist, dass die Personaldecke in den Dienststellen flächendeckend zu dünn ist, wenn Zeit für Eigeninitiative, wichtige Erstermittlungen, Fahndung und Bekämpfung der Kontrolldelikte etc. sein soll. Aus diesem Blickwinkel heraus ist die Alternative für Deutschland der Meinung, dass die Einstellungskorridore hinterfragt und angepasst werden müssen.

- 9.) **Frage: Wie stellen Sie sich die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Politik und den Gewerkschaften im Interesse der sächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vor**

Antwort: Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz bietet einige Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit von Behörden und Staatsregierung. Beispielsweise wäre die Zusammensetzung der Landespersonalvertretung zu hinterfragen.

Die Alternative für Deutschland ist sehr daran interessiert, mit GdP, DpolG, und BDK zusammen auf eine Optimierung der Sicherheitslage in Sachsen hinzuarbeiten. Wir wünschen uns dazu einen intensiven ehrlichen Austausch mit den Gewerkschaften.

Es gibt dabei viel zu tun, die Politik ist es dem Bürger schuldig, endlich für Sicherheit zu sorgen.

- 10.) **Frage: Wie stehen Sie grundsätzlich zum in anderen Bundesländern, im Gegensatz zu Sachsen, gewährten Bildungsurlaub? Wollen Sie Bildungsurlaub auch in Sachsen einführen, wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt?**

Lebenslange Fortbildung für Polizeibeamte ist Pflicht des Beamten. Spezialwissen nimmt einen immer höheren Stellenwert in der Polizeiarbeit ein und liegt allein deshalb im Interesse des Dienstherren. Die Alternative für Deutschland Landesverband Sachsen hat sich zu dem konkreten

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Landesvorstand Sachsen



Vorschlag allerdings noch keine Meinung gebildet. Wir nehmen die Idee und die Erfahrungen aus anderen Bundesländern im Sinne des gewünschten Austausches zwischen Partei und Gewerkschaften gern auf.

mit freundlichen Grüßen

Dr. Frauke Petry / Dr. Thomas Hartung